

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ellen Demuth (CDU)
– Drucksache 17/345 –

Kommunal- und Verwaltungsreform: Fusion der Verbandsgemeinde Bad Hönningen

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/345** – vom 5. Juli 2016 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Mit welcher Verbandsgemeinde oder welchen Verbandsgemeinden soll die Verbandsgemeinde Bad Hönningen nach den Vorstellungen der Landesregierung fusionieren?
2. An welche umliegenden Verbandsgemeinden ist die Landesregierung als Fusionspartner für die Verbandsgemeinde Bad Hönningen bereits schriftlich und mündlich herangetreten und hat wann mit wem Gespräche geführt?
3. Welche Rolle bezüglich der Fusion der Verbandsgemeinde Bad Hönningen mit einer weiteren Verbandsgemeinde oder weiteren Verbandsgemeinden spielen in der Entscheidungsfindung der Landesregierung die Fusionsvorschläge aus dem vorliegenden Gutachten von Prof. Dr. Junkernheinrich?
4. Wie sieht der konkrete Zeitplan der Landesregierung für die Fusion der Verbandsgemeinde Bad Hönningen aus?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Überlegungen der VG Bad Hönningen, eine Einheitsgemeinde zu werden und nicht mit einer weiteren Verbandsgemeinde zu fusionieren?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 12. Juli 2016 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Für die Verbandsgemeinde Bad Hönningen besteht nach Maßgabe des Landesgesetzes über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform vom 28. September 2010 (GVBl. S. 272) ein eigener Gebietsänderungsbedarf.

Das Ministerium des Innern und für Sport favorisiert für die Verbandsgemeinde Bad Hönningen den Zusammenschluss mit der Verbandsgemeinde Linz am Rhein.

Zu Frage 2:

Die Verbandsgemeinde Bad Hönningen hat zwei Nachbarverbandsgemeinden, die Verbandsgemeinden Linz am Rhein und Waldbreitbach.

Mit Schreiben des Ministeriums des Innern und für Sport vom 7. Juli 2016 sind die Bürgermeister der Verbandsgemeinden Bad Hönningen und Linz am Rhein zu einem Gespräch über einen Zusammenschluss der beiden Kommunen eingeladen worden.

Zu Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Verbandsgemeinde Waldbreitbach über eine Gebietsänderung wird auf die Antworten des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur vom 2. Oktober 2014 zur Kleinen Anfrage 2631 vom 18. September 2014 (Drucksache 16/4025) und des Ministeriums des Innern und für Sport vom 28. Juni 2016 zur Kleinen Anfrage 17/126 vom 14. Juni 2016 verwiesen.

Zu Frage 3:

Die im Gutachten von Herrn Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, Technische Universität Kaiserslautern, vom September 2012 enthaltenen Ergebnisse der Untersuchungen zu Neugliederungen auf der Ebene der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden fließen in die Abwägungen zu den Gebietsänderungen der Kommunen ein. Mithin gilt dies auch für die Untersuchungsergeb-

b. w.

nisse hinsichtlich der Verbandsgemeinde Bad Hönningen. Bei den einzelgemeindlichen Betrachtungen hat Herr Professor Dr. Junkernheinrich für die Verbandsgemeinde Bad Hönningen den Zusammenschluss mit der Verbandsgemeinde Linz am Rhein als beste Gebietsänderungsmaßnahme bewertet.

Zu Frage 4:

Die jetzt noch anstehenden Gebietsänderungen auf der Ebene der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden, folglich auch die Gebietsänderung der Verbandsgemeinde Bad Hönningen, sollen bis zum Jahr 2019 gesetzlich geregelt und umgesetzt werden.

Zu Frage 5:

Bei der Umwandlung einer Verbandsgemeinde und ihrer Ortsgemeinden in eine verbandsfreie Gemeinde handelt es sich um keine Maßnahme nach dem Landesgesetz über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform. Eine Umwandlung lässt allerdings § 73 der Gemeindeordnung (GemO) zu. Das Land wird die Umwandlung einer Verbandsgemeinde und ihrer Ortsgemeinden in eine verbandsfreie Gemeinde lediglich näher prüfen, wenn, wie in § 73 Abs. 1 Satz 1 GemO vorgesehen, der Verbandsgemeinderat und alle Ortsgemeinderäte der Maßnahme zugestimmt haben. Zu Beginn der Kommunal- und Verwaltungsreform ist seitens des Landes nämlich festgelegt worden, dass keine Ortsgemeinde ohne ihre Zustimmung im Gebietsstand verändert wird. Der Umwandlung dürfen, so die weitere Voraussetzung des § 73 Abs. 1 Satz 1 GemO, Gründe des Gemeinwohls nicht entgegenstehen. Gegen die Umwandlung der Verbandsgemeinde Bad Hönningen und ihrer Ortsgemeinden sprechen jedoch Gemeinwohlbelange. Nach § 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 des Landesgesetzes über die Grundsätze der Kommunal- und Verwaltungsreform (KomVwRGrG) weisen in der Regel verbandsfreie Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine ausreichende Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Verwaltungskraft auf. Ausweislich der Daten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz hatte die Verbandsgemeinde Bad Hönningen zum Stichtag des 30. Juni 2015 11 781 Einwohnerinnen und Einwohner. In der Vierten kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden (Basisjahr 2013) hat das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz jedoch eine Einwohnerzahl der Verbandsgemeinde Bad Hönningen von 11 136 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 2025 und von 10 367 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 2035 ermittelt. Demnach würde die Einwohnerzahl einer neu gebildeten verbandsfreien Gemeinde im Jahr 2035 zu geringfügig über dem in § 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 KomVwRGrG geregelten, für die Beurteilung einer ausreichenden Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Verwaltungskraft heranzuziehenden Schwellenwert von 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern liegen.

Roger Lewentz
Staatsminister